

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 30 | 27.07.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 184/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus mit der die Weinbezeichnungsverordnung geändert wird, eine Großlagenverordnung 2018, eine Rebsortenverordnung 2018 sowie eine Vorföhrngemeindenverordnung 2018 erlassen werden, und die DAC-Verordnungen „Leithaberg“, Mittelburgenland, Neusiedlersee und Weinviertel, Wiener Gemischter Satz sowie die Verordnung zur Durchführung des gemeinschaftlichen Genehmigungssystems für Rebpflanzungen, die Obstweinverordnung und die Sektbezeichnungsverordnung geändert werden (**Weinrechts-Sammelnovelle 2018**)

[BGBl II 185/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus, mit der die **Elektroaltgeräteverordnung** geändert wird (EAG-VO-Novelle 2018)

[BGBl II 188/2018](#)

Verordnung des Bundesministers für Verkehr, Innovation und Technologie über die **Wirtschaftlichkeitsprüfung von Bundesstraßenbauvorhaben**

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 186 v 24.07.2018, 25](#)

Beschluss (EU) 2018/1040 der Kommission vom 16. Juni 2017 über die von Griechenland durchgeführte **staatliche Beihilfe** SA 32544 (2011/C) zugunsten der **griechischen Eisenbahngruppe** TRAINOSE SA (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2017) 4047)

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

13.06.2018, [V 17/2018](#) (Anlassfall [E 1921/2017](#))

Oö Raumordnungsg; Gesetzwidrigkeit des Flächenwidmungsplans der Gemeinde Waldneukirchen betreffend ein Grundstück mit **geteilter Widmung** mangels Klarheit über die exakte Trennlinie zwischen den verschiedenen Widmungskategorien

13.06.2018, [G 288/2017 ua](#)

Vbg Raumplanungsg; **Vbg PlanzeichenVO;** kein Verstoß der Regelung des Vbg Raumplanungsg betreffend die Bewilligung von **Ausnahmen vom Bebauungsplan** gegen das Bestimmtheitsgebot; Erfüllung der Voraussetzungen der Vbg PlanzeichenVO im Teilbebauungsplan BB Galina; Berücksichtigung des Grundwasserschutzes bei Erlassung des Bebauungsplans nicht erforderlich; kein Widerspruch zwischen der verordneten maximalen Bauhöhe und der gestaffelten Höhenentwicklung im Teilbebauungsplan BB Galina

26.06.2018, [G 44/2018](#)

VwGVG; keine Bedenken gegen eine Bestimmung des VwGVG betreffend die Festsetzung der **Kosten des Berufungsverfahrens** mit 20% der Geldstrafe als Pauschalbetrag auch im Falle der Verhängung von kumulierten Geldstrafen; keine Bedenken gegen differenzierende Kostenersatzregelungen in verschiedenen Verfahrensbereichen wie dem Straf- und Verwaltungsstrafverfahren

27.06.2018, [A 13/2016](#)

Marktordnungsg; Abweisung einer Klage auf Liquidierung eines von der AMA **einbehaltenen Rückforderungsbetrags** mangels Vorliegens bescheidmäßiger Erledigungen zur Begründung des Anspruchs

27.06.2018, [G 409/2017](#)

ABGB; keine Verfassungswidrigkeit einer Bestimmung des ABGB betreffend die gesetzlich vorgesehene **Aufhebung einer letztwilligen Verfügung** nach Auflösung der Lebensgemeinschaft aufgrund Verlusts der Angehörigenstellung

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

24.05.2018, [Ro 2017/01/0007](#)

AsylG; **Karten für subsidiär Schutzberechtigte** gem § 52 AsylG – sowie Karten für Asylberechtigte gem § 51a AsylG – haben ausschließlich deklarativen Charakter und dienen allein der Dokumentation der bescheidmäßigen Zuerkennung des jeweiligen Status; die in der Karte enthaltenen Identitätsdaten, (insbesondere Name, Geschlecht, Geburtsdaten und Staatsangehörigkeit) müssen demnach mit den Identitätsdaten auf deren Grundlage die bescheidmäßige Zuerkennung des Status sowie die jeweilige befristete Aufenthaltsberechtigung erfolgte, übereinstimmen; ohne die Änderung des dem jeweiligen Status zugrundeliegenden Bescheids und der jeweiligen befristeten Aufenthaltsberechtigung können die Angabe auf der Karte alleine nicht berichtigt werden

21.06.2016, [Ra 2016/07/0071](#)

Wasserrechtsg; ein unterliegender Wasserberechtigter ist grds nicht als „Wasserberechtigter“ (Konsensinhaber) eines oberliegenden Kraftwerks anzusehen; greifen jedoch die gem § 21a Wasserrechtsg angeordneten Maßnahmen unmittelbar in Rechte **unterliegender Kraftwerksbetreiber** ein, dann gelten diese auch als „Konsensträger“, weshalb ihnen bereits **Parteistellung** im § 21a Wasserrechtsg-Verfahren zukommt und sie dort das Fehlen der Voraussetzungen des § 21a Abs 1 leg cit geltend machen können; in allen anderen Fällen besteht kein Grund, den betroffenen Dritten schon im Verfahren zur Erlassung eines § 21a Wasserrechtsg-Bescheids Parteistellung zuzuerkennen, zumal ihre Rechte in einem Verfahren zur Erlassung eines Duldungsbescheids nach § 72 leg cit bzw im wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren zur Begründung von Zwangsrechten in gesetzmäßiger Weise wahrgenommen werden können

26.06.2018, [Ra 2018/04/0095](#)

UGB; bei einer Kommanditgesellschaft handelt es sich um eine **rechts- und damit parteifähige Personengesellschaft**; ein an sie, und nicht an einen der vertretungsbefugten Gesellschafter, adressierter Bescheid wird somit rechtlich existent

26.06.2018, [Ra 2018/05/0021](#)

AVG; VwGVG; alle Parteien eines rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens haben einen Rechtsanspruch auf Beachtung der eingetretenen **Rechtskraft**; in diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, wer **Parteistellung** im Verfahren hat, weil etwa eine Beschwerde von einer Nichtpartei den Eintritt der Rechtskraft nicht hindern kann; wurde die Beschwerde nur von einer Nichtpartei erhoben, darf das VwG die Beschwerde nur zurückweisen, nicht jedoch etwa den Genehmigungsbescheid aufheben; das VwG hätte daher im Anzeigeverfahren die Beschwerde eines Mitbeteiligten mangels Parteistellung gem § 28 Abs 1 VwGVG zurückzuweisen gehabt

26.06.2018, [Ra 2018/05/0022](#)

AVG, VwGVG; die Revisionswerberin als Partei des rechtskräftig abgeschlossenen abfallrechtlichen Verfahrens hat einen Rechtsanspruch auf Beachtung der eingetretenen Rechtskraft des Bescheids; dadurch dass der mitbeteiligten Gemeinde Parteistellung in dem der Erlassung des Bescheids vorangegangenen abfallrechtlichen Verfahren zuerkannt wurde, steht somit auch fest, dass **Rechtskraft** dieses Bescheids erst dann vorliegt, wenn dieser auch ihr gegenüber in Rechtskraft erwachsen ist; insbesondere würde auch eine Beschwerde der mitbeteiligten Gemeinde somit zwingend die Rechtskraft des Bescheids hindern; es besteht daher ein objektives Interesse der Revisionswerberin an einer Beseitigung des sie beschwerenden Bescheids betreffend die Zuerkennung der Parteistellung an die mitbeteiligte Gemeinde

27.06.2018, [Ra 2017/15/0076](#)

Oö WettG; Wettunternehmen iSd § 2 Z 9 Oö WettG sind Buchmacher, Totalisateure sowie Vermittler; diese wiederum sind Personen, die gewerbsmäßig Wettkunden vermitteln; die Tätigkeit des „Vermittelns“ besteht darin, zwei potentielle Vertragspartner zusammenzubringen und zum Geschäftsabschluss zu bewegen; die Vermittlung von Wettkunden an Buchmacher und Totalisateure ist eine der Tätigkeit der Buchmacher und Totalisateure vorgeschaltete Tätigkeit, welche mittlerweile vielfach über Wettterminals und das Internet erfolgt; das Aufstellen oder der Betrieb von Wettterminals ist damit eine Tätigkeit im Rahmen der gewerbsmäßigen Vermittlung von Wettkunden; jene Person, die das Wettterminal aufstellt oder betreibt, ist demnach auch als **Wettunternehmen iSd § 2 Z 9 Oö WettG** zu beurteilen

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Oö 10.07.2018, [LVwG-851025](#)

GewO; RAO; wenn der Bf ein (neues) Berufsbild dahin anstrebt, juristische Dienstleistungen für Rechtsanwälte in Form von „Outsourcing“ zu erbringen, und in diesem Zusammenhang – um einer Bestrafung vorzubeugen – die **bescheidmäßige Feststellung** anstrebt, dass es sich bei solchen Dienstleistungen nicht um eine Rechtsanwälten vorbehaltene Tätigkeit iSd § 8 Abs 1 RAO handelt, so ist er darauf zu verweisen, dass **allgemeine Rechtsfragen** nicht den Gegenstand eines Feststellungsbescheids bilden können; da im Auftrag von Rechtsanwälten durchgeführte konzeptionelle Tätigkeiten (wie Recherchen, Vertragsentwürfe, Schriftsätze aller Art etc) keine wissenschaftliche Tätigkeit iSd § 2 Abs 1 Z 7 GewO darstellen, fallen diese in den Anwendungsbereich der GewO, sodass insoweit ohnehin ein entsprechendes Rechtsschutzinstrumentarium gegeben ist

LVwG Oö 13.07.2018, [LVwG-050039](#)

ASVG; Oö ApothekenG; Unionsrechtswidrigkeit der in § 10 Abs 1 Z 2 ApothekenG vorgesehene **Bedarfsprüfung**, wie sie durch § 10 Abs 3 – insbesondere Z 3 – leg cit ausgestaltet ist; kein sachliches Argument für den absoluten Vorrang von **öffentlichen Apotheken** gegenüber ärztlichen Hausapotheken ersichtlich; die gesetzliche Ausgestaltung der Bedarfsprüfung stellt weiterhin für den Regelfall darauf ab, dass die Zahl der sog „Neueinfluter“ zur Kompensation des Versorgungspotentials hinreicht, was dem Urteil des EuGH vom 13.02.2014, C-367/12 („Sokoll-Seebacher I“) widerspricht; Erhaltung eines Versorgungspotentials in Höhe von 5.500 Personen zielt klar auf die Existenzsicherung bestehender öffentlicher Apotheken ab; die parallel dazu verfolgte Hinlenkung von Apothekenneugründungen in Rand- und ländlichen Zonen erscheint im Vergleich dazu als ein bloßer Vorwand; es lässt sich weder die systematische Verfolgung von konkreten Zielen erkennen noch, dass sich diese Ziele nur im Wege einer Bedarfsprüfung in erforderlicher und verhältnismäßiger Weise erreichen ließen

LVwG Oö 25.07.2018, [LVwG-050057](#)

AEUV; ApothekenG; die Bestimmung des § 10 ApothekenG ist in Entsprechung zur Judikatur des EuGH (insbesondere EuGH vom 13.02.2014, C-367/12 [„Sokoll-Seebacher I“] und vom 30.06.2016, C-634/15 [„Sokoll-Seebacher II“]) dahin zu interpretieren, dass ein Bedarf an der **Neuerrichtung einer öffentlichen Apotheke** stets prinzipiell gegeben ist; anderes gilt nur dann, wenn sich nicht ausschließen lässt, dass eines der normierten Ausschlusskriterien zutrifft; sämtliche dieser Bedarfskriterien sind nun nicht mehr iSd Festlegung von starren Grenzl意思, sondern als insgesamt kohärente Zielsetzung flexibel auszulegen; bezüglich des Begriffs „Gemeinde“ iSd des ApothekenG ist nicht auf faktische Verhältnisse, sondern auf die politischen Grenzen der Gemeinden abzustellen; es reicht nicht hin, die auf entsprechenden statistisch-wissenschaftlich belegten Ableitungen basierenden Ermittlungen der gutachterlichen Feststellungen der Apothekerkammer in Bezug auf die Einwohnergleichwerte durch bloße Pauschalargumente oder Hinweise auf abweichende Beurteilungen in anderen Verfahren in Zweifel zu ziehen, ohne gleichzeitig eine dementsprechend zwingende Vergleichbarkeit darzutun

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[25.07.2018, Rs C-123/16 P, Orange Polska / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – **Art 102 AEUV** – Missbrauch einer beherrschenden Stellung – Polnische Vorleistungsmärkte für den Breitband-**Internetzugang** über das Festnetz – Weigerung, Zugang zum Netz zu gewähren und Produkte auf Vorleistungsebene bereitzustellen – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 7 Abs 1 – Art 23 Abs 2 Buchst a – Berechtigtes Interesse an der Feststellung einer abgestellten Zuwiderhandlung – Berechnung der **Geldbuße** – Leitlinien von 2006 für das Verfahren zur Festsetzung von Geldbußen gemäß Art 23 Abs 2 Buchst a der Verordnung Nr 1/2003 – Schwere – Mildernde Umstände – Investitionen des zuwiderhandelnden Unternehmens – Rechtmäßigkeitskontrolle – Unbeschränkte Nachprüfung – Auswechslung der Begründung

[25.07.2018, Rs C-128/16 P, Kommission / Spanien ua](#)

Rechtsmittel – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – Auf bestimmte **Finanzierungs-Leasingvereinbarungen** für den Erwerb von Schiffen anwendbares Steuersystem (spanisches True-Lease-Modell) – Bestimmung der Begünstigten der Beihilfe – Voraussetzung der Selektivität – Verfälschung des Wettbewerbs und Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten – Begründungspflicht

[25.07.2018, Rs C-135/16, Georgsmarienhütte ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Regelung zur Förderung **erneuerbarer Energiequellen** und stromintensiver Unternehmen – Beschluss (EU) 2015/1585 – Gültigkeit im Hinblick auf Art 107 AEUV – Zulässigkeit – Unterbliebene Erhebung einer Nichtigkeitsklage durch die Klägerinnen des Ausgangsverfahrens

[25.07.2018, Rs C-528/16, Confédération paysanne ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Absichtliche Freisetzung **genetisch veränderter Organismen** in die Umwelt – **Mutagenese** – Richtlinie 2001/18/EG – Art 2 und 3 – Anhänge I A und I B – Begriff ‚genetisch veränderter Organismus‘ – Herkömmlich angewandte und als sicher geltende **Verfahren/Methoden** zur genetischen Veränderung – Neue Verfahren/Methoden der Mutagenese – Risiken für die menschliche Gesundheit und die Umwelt – Ermessen der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Richtlinie – Richtlinie 2002/53/EG – Gemeinsamer Sortenkatalog für landwirtschaftliche Pflanzenarten – **Herbizidtolerante** Pflanzensorten – Art 4 – Zulassung durch Mutagenese gewonnener genetisch veränderter Sorten zum gemeinsamen Sortenkatalog – Anforderung zum Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt – Befreiung

[25.07.2018, Rs C-553/16, TTL](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Freier Dienstleistungsverkehr** – Besteuerung von Unternehmen – Zahlungen, die eine gebietsansässige Gesellschaft an gebietsfremde Gesellschaften für die Vermietung von Kesselwaggons leistet – Verpflichtung, auf Zahlungen an eine ausländische Gesellschaft, die bei dieser Einkünfte inländischen Ursprungs darstellen, eine **Quellensteuer** einzubehalten – Nichteinhaltung – Abkommen zur Vermeidung der **Doppelbesteuerung** – Verzugszinsen, die von der gebietsansässigen Gesellschaft für die nicht abgeführte Quellensteuer erhoben werden – Fälligkeit der **Zinsen** ab dem Ablauf der gesetzlichen Zahlungsfrist bis zu dem Tag, an dem der Nachweis für die Anwendbarkeit des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung erbracht wird – Nicht erstattungsfähige Zinsen

[25.07.2018, Rs C-585/16, Alheto](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Politik im Bereich **Asyl und subsidiärer Schutz** – Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf **internationalen Schutz** – Richtlinie 2011/95/EU – Art 12 – Ausschluss von der Anerkennung als Flüchtling – Personen, die beim Hilfswerk der Vereinten Nationen für **Palästinaflüchtlinge** im Nahen Osten (UNRWA) registriert sind – Vorliegen eines ‚ersten Asylstaats‘ im Einsatzgebiet des UNRWA für einen Palästinaflüchtling – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 46 – Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf – Umfassende Ex-nunc-Prüfung – Umfang der Befugnisse des erstinstanzlichen Gerichts – Prüfung des Bedürfnisses nach internationalem Schutz durch das Gericht – Prüfung von Unzulässigkeitsgründen

[25.07.2018, Rs C-632/16, Dyson](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Einzelhandelsverkauf von Staubsaugern – **Energieklasse-Etikett** – Richtlinie 2010/30/EU – Delegierte Verordnung (EU) Nr 665/2013 – Staubsauger – Anbringung weiterer Symbole – **Unlautere Geschäftspraktiken** – **Verbraucherschutz** – Richtlinie 2005/29/EG – Art 7 – Fehlende Klarstellung, unter welchen Bedingungen die Energieeffizienz gemessen wird – Irreführende Unterlassung

[25.07.2018, Rs C-679/16, A \(Aide pour une personne handicapée\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 20 und 21 AEUV – Recht, sich in den Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Soziale Sicherheit – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Soziale Fürsorge – Leistungen bei Krankheit – **Behinderten-Dienstleistungen** – Pflicht einer Gemeinde eines Mitgliedstaats, einem ihrer Bewohner eine von den nationalen Rechtsvorschriften vorgesehene **persönliche Assistenz** während eines Hochschulstudiums bereitzustellen, das dieser in einem anderen Mitgliedstaat absolviert

[25.07.2018, Rs C-5/17, DPAS](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Befreiung – Art 135 Abs 1 Buchst d – Umsätze im **Zahlungs- und Überweisungsverkehr** – Begriff – Anwendungsbereich – Plan für Zahlungen für Zahnbehandlungen im Lastschriftverfahren

[25.07.2018, verb Rs C-84/17 P und C-85/17 P und C-95/17 P, Société des produits Nestlé / Mondelez UK Holdings & Services](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Dreidimensionale Marke in Form einer vierfach gerippten Schokoladentafel – Gegen die Urteilsbegründung gerichtetes Rechtsmittel – Unzulässigkeit – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 7 Abs 3 – Nachweis der infolge Benutzung erlangten **Unterscheidungskraft**

[25.07.2018, Rs C-96/17, Vernaza Ayovi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung** über **befristete Arbeitsverträge** – Folgen einer als unzulässig qualifizierten disziplinarischen **Entlassung** – Begriff der Beschäftigungsbedingungen – Arbeitnehmer, der unbefristet für eine Übergangszeit beschäftigt wird – Ungleichbehandlung zwischen Dauerbeschäftigten und Arbeitnehmern, die befristet oder unbefristet für eine Übergangszeit beschäftigt werden – Wiedereingliederung des Arbeitnehmers oder Gewährung einer Entschädigung

[25.07.2018, Rs C-103/17, Messer France](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Harmonisierung des Steuerrechts – Richtlinie 92/12/EWG – Art 3 Abs 2 – Richtlinie 2003/96/EWG – Art 3 und 18 – Besteuerung von **Energieerzeugnissen** und **elektrischem Strom** – **Verbrauchssteuern** – Existenz einer anderen indirekten Steuer – Voraussetzungen – Nationale Vorschrift, die eine Abgabe zur öffentlichen Stromversorgung vorsieht – Begriff ‚besondere Zielsetzung‘ – Einhaltung eines Mindeststeuerbetrags

[25.07.2018, Rs C-107/17, Aviabaltika](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2002/47/EG – **Verwertung** von **Finanzsicherheiten** – Einleitung eines Insolvenzverfahrens gegenüber dem Finanzsicherheitsnehmer – Eintritt des Verwertungs- bzw Beendigungsfalls – Zurechnung der Finanzsicherheit zur **Insolvenzmasse** – Verpflichtung, die Forderungen zuerst aus der Finanzsicherheit zu befriedigen

[25.07.2018, Rs C-121/17, Teva UK ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Humanarzneimittel – Behandlung des **Humanen Immundefizienz-Virus (HIV)** – Originalpräparate und **Generika** – Ergänzendes Schutzzertifikat – Verordnung (EG) Nr 469/2009 – Art 3 Buchst a – Voraussetzungen für die Erteilung – Begriff des durch ein in Kraft befindliches Grundpatent geschützten Erzeugnisses – Beurteilungskriterien

[25.07.2018, Rs C-129/17, Mitsubishi Shoji Kaisha und Mitsubishi Caterpillar Forklift Europe](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsmarke** – Richtlinie 2008/95/EG – Art 5 – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 9 – **Recht des Inhabers** einer Marke, sich dem zu widersetzen, dass ein Dritter auf Waren, die mit denen, für die diese Marke eingetragen wurde, identisch sind, im Hinblick auf ihre Einfuhr in den oder ihr Inverkehrbringen im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) alle mit dieser Marke identischen Zeichen entfernt und neue Zeichen anbringt

[25.07.2018, Rs C-139/17 P, QuaMa Quality Management / EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Verordnung (EG) Nr 2868/95 – Widerspruchsverfahren – Anmeldung der Wortmarke medialbo – Ältere Marke MediaLB – **Relatives Eintragungshindernis** – **Verwechslungsgefahr** – Widerspruch einer Person, die nicht Inhaberin der älteren Marke ist – Fehlender formeller Antrag auf Eintragung der Übertragung der älteren Marke vor Ablauf der Widerspruchsfrist – Unzulässigkeit

[25.07.2018, Rs C-140/17, Gmina Ryjewo](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 167, 168 und 184 – **Vorsteuerabzug** – Berichtigung – Als Investitionsgut erworbene **Immobilien** – Anfängliche Verwendung für eine nicht zum Vorsteuerabzug berechtigte Tätigkeit, dann auch Verwendung für eine **steuerpflichtige Tätigkeit** – Einrichtung des öffentlichen Rechts – Eigenschaft als Steuerpflichtiger zum Zeitpunkt des steuerpflichtigen Umsatzes

[25.07.2018, Rs C-239/17, Teglgård und Fløjstrupgård](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsame Agrarpolitik** – **Stützungsregelungen** für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe – Verordnung (EG) Nr 1782/2003 – Art 6 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 73/2009 – Art 23 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 796/2004 – Art 66 Abs 1 – Verordnung (EG) Nr 1122/2009 – Art 70 Abs 8 Buchst a – Anderweitige Verpflichtungen – Kürzung von **Direktzahlungen** wegen Nichteinhaltung der Grundanforderungen an die Betriebsführung oder das Kriterium des guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustands – Bestimmung des Jahres, auf das für die Berechnung des Prozentsatzes der Kürzung abzustellen ist – Jahr der Nichteinhaltung

[25.07.2018, Rs C-268/17, AY \(Mandat d'arrêt – Témoin\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 1 Abs 2, Art 3 Nr 2 und Art 4 Nr 3 – Gründe für die Ablehnung der Vollstreckung – Einstellung eines strafrechtlichen Ermittlungsverfahrens – **Grundsatz ne bis in idem** – Gesuchte Person, die in einem früheren Verfahren zum selben Sachverhalt die Stellung eines Zeugen innehatte – Ausstellung mehrerer Europäischer Haftbefehle gegen dieselbe Person

[25.07.2018, Rs C-388/17, Guigo](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Schutz der Arbeitnehmer bei **Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – Richtlinie 2008/94/EG – Art 3 und 4 – Übernahme der Befriedigung der Ansprüche der Arbeitnehmer durch die Garantieeinrichtungen – Begrenzung der Zahlungspflicht der Garantieeinrichtungen – Ausschluss der Ansprüche auf Arbeitsentgelt, die mehr als drei Monate vor der Eintragung der Entscheidung über die Eröffnung des **Insolvenzverfahrens** in das Handelsregister entstanden sind

[25.07.2018, Rs C-404/17, A](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Asylpolitik** – Richtlinie 2013/32/EU – Art 31 Abs 8 und Art 32 Abs 2 – Offensichtlich unbegründeter Antrag auf **internationalen Schutz** – Konzept des **sicheren Herkunftsstaats** – Fehlen nationaler Vorschriften zu diesem Konzept – Angaben des Antragstellers, die als zuverlässig, aber angesichts des ausreichenden Schutzes, der durch den Herkunftsstaat des Antragstellers gewährt wird, als unvollständig betrachtet werden

[25.07.2018, Rs C-445/17, Pilato](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsamer Zolltarif** – Kombinierte Nomenklatur – Tarifierung – Positionen 8703, 8704 und 8705 – Leichenwagen

[25.07.2018, Rs C-574/17 P, Kommission/ Combaro](#)

Rechtsmittel – Zollunion – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 239 – Erlass von **Einfuhrabgaben** – Einfuhr von Leinewebe aus Lettland zwischen 1999 und 2002 – Besonderer Fall – **Überwachungs- und Kontrollpflichten** – Geltend gemachte Bestechlichkeit der Zollbehörden – Unechte Verkehrsbescheinigung – Gegenseitiges Vertrauen

[25.07.2018, Rs C-216/18 PPU, Minister for Justice and Equality \(Défaillances du système judiciaire\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 1 Abs 3 – Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – Vollstreckungsvoraussetzungen – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Recht auf Zugang zu einem **unabhängigen und unparteiischen Gericht**

[25.07.2018, Rs C-220/18 PPU, Generalstaatsanwaltschaft \(Conditions de détention en Hongrie\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – **Europäischer Haftbefehl** – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Art 1 Abs 3 – Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten – **Vollstreckungsvoraussetzungen** – Gründe für die Ablehnung der Vollstreckung – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 4 – Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung – **Haftbedingungen** im Ausstellungsmitgliedstaat – Umfang der Prüfung durch die vollstreckenden Justizbehörden – Bestehen einer Rechtsschutzmöglichkeit im Ausstellungsmitgliedstaat – Von den Behörden dieses Mitgliedstaats erteilte Zusicherung

B. SCHLUSSANTRÄGE

[25.07.2018, Rs C-377/16, Spanien / Parlament \(GA Sharpston\)](#)

Aufforderung zur Interessenbekundung – **Vertragsbedienstete** – Fahrer – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 21 und 22 – Verordnung Nr 1 – Art 1, 2 und 6 – Sprachenregelung der Unionsorgane – Beamtenstatut der Union – Art 1d – **Beschäftigungsbedingungen** für die sonstigen Bediensteten – Art 82 – **Diskriminierung** aufgrund der Sprache

[25.07.2018, Rs C-621/16 P, Kommission / Italien \(GA Bobek\)](#)

Rechtsmittel – **Sprachenregelung der Organe** der Europäischen Union – Bekanntmachungen allgemeiner **Auswahlverfahren** – Beschränkung der zweiten Sprache des Auswahlverfahrens und der Sprache für die Kommunikation zwischen den Bewerbern und dem EPSO auf Deutsch, Englisch und Französisch – Verordnung Nr 1 – Statut der Beamten der Europäischen Union – Einstellung von Beamten – **Diskriminierung aufgrund der Sprache** – Rechtfertigungen

[25.07.2017, verb Rs C-138/17 P und 146/17 P, Europäische Union / Gascogne Sack Deutschland und Gascogne \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – **Außervertragliche Haftung** – Angemessene Verfahrensdauer – Einhaltung einer angemessenen Dauer des Gerichtsverfahrens – Materieller Schaden – Kosten der **Bankbürgschaft** – Kausalzusammenhang – Immaterieller Schaden

[25.07.2017, Rs C-150/17 P, Europäische Union / Kendrion \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – Zulässigkeit – **Außervertragliche Haftung** – Angemessene Verfahrensdauer – Gerichtshof der Europäischen Union – Einhaltung der angemessenen Dauer des Gerichtsverfahrens – Materieller Schaden – Kosten der **Bankbürgschaft** – Zinsen – Kausalzusammenhang – Immaterieller Schaden – **Juristische Personen**

[25.07.2018, Rs C-163/17, Jawo \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Grenzen, Asyl und Einwanderung – **Dublin-System** – Verordnung (EU) Nr 604/2013 – Überstellung des Asylbewerbers in den zuständigen Mitgliedstaat – Art 29 Abs 1 – Modalitäten der Fristverlängerung – Art 29 Abs 2 – Begriff des **Flüchtigseins** – Zulässigkeit der Weigerung, den Betroffenen wegen der realen und erwiesenen Gefahr einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung nach Abschluss des **Asylverfahrens** zu überstellen – Art 3 Abs 2 – Lebensverhältnisse der Personen, denen im zuständigen Mitgliedstaat internationaler Schutz zuerkannt worden ist – Art 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[25.07.2018, verb Rs C-174/17 P und 222/17 P, Europäische Union/ ASPLA und Armando Álvarez \(GA Wahl\)](#)

Rechtsmittel – Zulässigkeit – **Außervertragliche Haftung** – Angemessene Verfahrensdauer – Gerichtshof der Europäischen Union – Einhaltung einer angemessenen Dauer des Gerichtsverfahrens – Materieller Schaden – **Bankbürgschaftskosten** – Zinsen – Kausalzusammenhang

[25.07.2017, Rs C-193/17 P, Cresco Investigation \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gleichbehandlung** in Beschäftigung und **Beruf** – Nationale Regelung, die einer begrenzten Gruppe von Arbeitnehmern bestimmte Rechte gewährt – Vergleichbarkeit – Unmittelbare Diskriminierung wegen der Religion – Rechtfertigung – Positive und spezifische Maßnahme – **Horizontale Anwendung der Charta der Grundrechte** der Europäischen Union – Horizontale unmittelbare Wirkung der Grundrechtecharta – Verpflichtungen der Arbeitgeber und der nationalen Gerichte bei Unvereinbarkeit des nationalen Rechts mit Art 21 Abs 1 der Grundrechtecharta und Art 2 Abs 2 Buchst a der Richtlinie 2000/78/EG

[25.07.2017, Rs C-247/17, Raugevicius \(GA Bot\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 18 und 21 AEUV – Von einem Drittstaat an einen Mitgliedstaat gerichtetes Ersuchen um Auslieferung eines Unionsbürgers, der Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaats ist und im erstgenannten Mitgliedstaat sein Recht auf **Freizügigkeit** ausgeübt hat – **Auslieferungsantrag**, der zum Zweck der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe und nicht zum Zweck der **Strafverfolgung** gestellt wird – Schutz der eigenen Staatsangehörigen vor Auslieferung – Beschränkung der Freizügigkeit – Ziel, der Gefahr entgegenzuwirken, dass Personen, die eine Straftat begangen haben, straflos bleiben – Ziel der Erhöhung der Chancen des Verurteilten auf Resozialisierung

[25.07.2018, Rs C-265/17 P, Kommission/ United Parcel Service \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – Kontrolle von **Unternehmenszusammenschlüssen** – Verteidigungsrechte – Rechtliches Gehör – Gelegenheit zur Stellungnahme – Ökonometrische Analyse – Preiskonzentrationsmodell – Wesentliche Änderungen am Preiskonzentrationsmodell während des laufenden Verwaltungsverfahrens – Markt der internationalen **Expressbeförderung** von Kleinpaketen im EWR – Art 18 der Verordnung (EG) Nr 139/2004 – Art 13 und 17 der Verordnung (EG) Nr 802/2004

[25.07.2018, verb Rs C-293/17 und 294/17, Coöperatie Mobilisation for the Environment und Vereniging Leefmilieu \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Umwelt – Richtlinie 92/43/EWG – Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen – **Besonderes Schutzgebiet** – Angemessene Prüfung der Auswirkungen eines Projekts auf ein Gebiet – Begriffe des Projekts und der **angemessenen Verträglichkeitsprüfung** – Programm zur Beurteilung von Stickstoffablagerungen – Landwirtschaft – Betriebsgenehmigung – Düngung – Weidehaltung – Kumulative Auswirkungen – Irrelevanzschwellen – Schadensminderungsmaßnahmen – **Ausgleichsmaßnahmen**

[25.07.2017, verb Rs C-297/17 und C-318/17 und C-319/17 und C-438/17, Ibrahim \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2013/32/EU – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des **internationalen Schutzes** – Art 52 – Zeitlicher Anwendungsbereich dieser Richtlinie – Art 33 Abs 2 Buchst a – Ablehnung eines **Asylantrags** als unzulässig wegen vorheriger Gewährung subsidiären Schutzes in einem anderen Mitgliedstaat – Art 4 und 18 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Systemische Mängel des Asylverfahrens in diesem anderen Mitgliedstaat – Richtlinie 2011/95/EU – Art 20 ff – Lebensbedingungen der Personen, denen im letzteren Staat **subsidiärer Schutz** zuerkannt wurde – Tatsächliche und erwiesene Gefahr un-menschlicher oder erniedrigender Behandlung

[25.07.2017, Rs C-310/17, Levola Hengelo \(GA Wathelet\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2001/29/EG – **Urheberrecht und verwandte Schutzrechte** – Begriff ‚Werk‘ – Geschmack eines Lebensmittels

[25.07.2018, Rs C-414/17, AREX CZ \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – **Verbrauchssteuerpflichtige Waren** – Befreiung der Lieferung von Gegenständen, die innerhalb der Union versandt oder befördert werden – **Reihengeschäft** – Zuordnung der Warenbewegung zu einer Lieferung innerhalb einer Lieferkette – Beförderung verbrauchssteuerpflichtiger Waren im Verfahren der Steueraussetzung

[25.07.2018, Rs C-437/17, Gemeinsamer Betriebsrat EurothermenResort Bad Schallerbach \(GA Saugmandsgaard ØE\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 45 AEUV – Verordnung (EU) Nr 492/2011 – **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** – Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit – Ansprüche auf **bezahlten Jahresurlaub** – Nationale Rechtsvorschriften, wonach Arbeitnehmern mit einer **Dienstzeit von 25 Jahren** bei demselben Arbeitgeber eine zusätzliche Woche bezahlten Jahresurlaubs zusteht

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. Mag. Vaheen Said, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.